

*Auszug aus: DÖW (Hrsg.), 40 Jahre Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes 1963–2003, Wien 2003*

## **DAS DOKUMENTATIONSARCHIV DES ÖSTERREICHISCHEN WIDERSTANDES**

**BRIGITTE BAILER-GALANDA / WOLFGANG NEUGEBAUER**

### **1. Geschichte**

#### **a) Entstehung**

Die Gründung des DÖW 1963 entsprang ausschließlich der Initiative Betroffener: ehemaliger WiderstandskämpferInnen, KZ-Häftlinge, aus dem Exil Zurückgekehrter, die gemeinsam mit engagierten Wissenschaftlern den institutionellen Rahmen als Verein schufen und sich unter der Leitung von Herbert Steiner zu gemeinsamer Arbeit zusammenfanden.

Diese vergleichsweise späte — nämlich erst 18 Jahre nach dem Ende des NS-Regimes — erfolgte Gründung des DÖW und der universitären Zeitgeschichtsforschung mag heute verwundern, muss jedoch im Kontext der ökonomischen, politischen und bewusstseinsmäßigen Nachkriegsentwicklung in Österreich gesehen werden.

In der unmittelbaren Nachkriegszeit hatten mehrere Faktoren die Position Österreichs gegenüber seiner NS-Vergangenheit bestimmt. In außenpolitischer Hinsicht dominierte der in der Moskauer Deklaration seitens der Alliierten 1943 eingenommene Standpunkt, Österreich sei als erstes Opfer der Hitlerschen Aggression zu betrachten, wobei jedoch der Nachsatz, der Österreich an seine Mitverantwortung für Krieg und NS-Politik erinnerte, von österreichischer Seite keine Erwähnung mehr fand. Allerdings gewann — zumindest für kurze Zeit — jener Zusatz Bedeutung, der die Haltung der Alliierten gegenüber Österreich vom österreichischen Beitrag zu seiner Befreiung von der NS-Diktatur abhängig machen wollte. Diese alliierte Bedingung — im Kontext der Entstehung der Moskauer Deklaration als Aufforderung an den österreichischen Widerstand intendiert — führte nach Kriegsende zu einer kurzfristigen Aufwertung und Heroisierung des österreichischen Widerstandes, die in der Veröffentlichung des „Rot-Weiß-Rot-Buches“ 1946 ebenso ihren Ausdruck fanden wie in der Errichtung von Denkmälern für den österreichischen Widerstand<sup>1</sup>, die aber nicht zu-

---

<sup>1</sup> Heidemarie Uhl, Transformationen des österreichischen Gedächtnisses — Geschichtspolitik und Denkmalkultur in der Zweiten Republik, in: Moshe Zuckermann (Hrsg.), Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte, Band XXIX: Geschichte denken: Philosophie, Theorie, Methode, Tel Aviv 2000, S. 321 f.; eine Auflistung der Wiener Denkmäler in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), Gedenken und Mahnen in Wien

letzt auch im Zusammenhang mit den im Jänner 1947 beginnenden Staatsvertragsverhandlungen in London<sup>2</sup> zu sehen sind. Anfang 1947 war jedoch in der Öffentlichkeit die Erinnerung an den österreichischen Widerstand bereits aus dem Blickfeld verschwunden. Neben den vordringlichen ökonomischen Problemen dominierten Fragen der Entnazifizierung und der Rückkehr der österreichischen Kriegsgefangenen. Gesetzliche Maßnahmen zugunsten der NS-Opfer wurden vorwiegend als außenpolitische Notwendigkeit zur Befriedigung der Wünsche der Alliierten und Erfüllung der in den Staatsvertragsentwürfen normierten Forderungen gesehen.<sup>3</sup> Jede der drei im Nationalrat vertretenen Parteien — ÖVP, SPÖ und KPÖ — hatte bereits vor den ersten Nationalratswahlen vom November 1945 begonnen, um das Stimmenpotential zumindest der Angehörigen und Sympathisanten der aufgrund des NS-Gesetzes nicht wahlberechtigten ehemaligen Nationalsozialisten zu werben. Die Bemühungen um dieses Wählersegment steigerten sich bis zu den zweiten Wahlen 1949 beträchtlich, zumal zu diesem Zeitpunkt infolge der Minderbelastetenamnestie der überwältigenden Mehrheit der Nationalsozialisten das Wahlrecht wieder zugestanden worden war. Vor diesem Hintergrund schien den politischen Verantwortungsträgern eine Betonung von Widerstand und Verfolgung politisch nicht opportun. Die 1949 erfolgte Errichtung der Gedenkstätte im ehemaligen KZ Mauthausen, die ganz im Sinne der Opferthese entgegen der historischen Realität das Lager „zu einem Ort der Martyrologie für den Freiheitskampf Österreichs“<sup>4</sup> stilisierte, stieß beispielsweise auf heftigen Widerspruch seitens eines Teiles der österreichischen Printmedien.

Zu den genannten trat noch ein weiterer Faktor: Kommunistische Gruppen hatten einerseits tatsächlich einen großen Anteil am österreichischen Widerstand gehabt, andererseits hatte das NS-Regime jeglichen Widerstand als kommunistisch diffamiert, wodurch auch nach 1945 die ungerechtfertigte Gleichsetzung von Widerstand und Kommunismus in der Bevölkerung durchaus verbreitet war.

---

1934–1945. Gedenkstätten zu Widerstand und Verfolgung, Exil, Befreiung. Eine Dokumentation, Wien 1998 sowie Ergänzungsband Wien 2001; eine erste Zusammenstellung Erich Fein, Die Steine reden. Gedenkstätten des österreichischen Freiheitskampfes. Mahnmale für die Opfer des Faschismus. Eine Dokumentation. Wien 1975.

<sup>2</sup> Siehe dazu die — streckenweise stark übertriebenen — Behauptungen von Außenminister Dr. Karl Gruber über Umfang und Bedeutung des österreichischen Widerstandes anlässlich der Staatsvertragsverhandlungen in London im Jänner 1947, in: Proceedings of the First Conference of the Deputies for Austria, held at Lancaster House London, 16th January to 25th February 1947, S. 178, ÖstA, AdR/01, BmfaA II-pol 1947, Staatsvertrag, Karton 50.

<sup>3</sup> Siehe zur Nachkriegsentwicklung detailliert: Brigitte Bailer-Galanda, Die Entstehung der Rückstellungs- und Entschädigungsgesetzgebung. Die Republik Österreich und das in der NS-Zeit entzogene Vermögen, Hrsg. Historikerkommission der Republik Österreich, Wien 2003.

<sup>4</sup> Bertrand Perz, Österreich, in: Volkhard Knigge, Norbert Frei (Hrsg.), Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord, München 2002, S. 155.

Die sowjetische Besetzung Ostösterreichs und die damit verbundene sowjetische Beschlagnahmepolitik deutschen Eigentums, der beginnende Kalte Krieg und die kommunistische Machtübernahme in den Nachbarstaaten Tschechoslowakei und Ungarn verstärkten antikommunistische Einstellungsmuster. 1948 zerbrach unter anderem auch aus diesem Grund der überparteiliche Bundesverband der politisch Verfolgten, die danach gegründeten drei Opferverbände fanden sich als Antagonisten wieder, eine konkrete Zusammenarbeit blieb rund ein Jahrzehnt lang beinahe unmöglich.

Die fünfziger Jahre standen primär im Zeichen der Bestrebungen aller politischen Parteien, insbesondere aber des seit 1949 im Nationalrat vertretenen Verbandes der Unabhängigen (VdU) um eine rasche Beendigung der Entnazifizierung. Anstelle von Denkmälern für Widerstandskämpfer und Verfolgte wurden nun in unzähligen österreichischen Städten und Gemeinden Kriegerdenkmäler für die gefallenen Wehrmattsangehörigen errichtet, Veteranenverbände, wie der Österreichische Kameradschaftsbund, wurden (wieder)gegründet und fanden regen Zulauf sowie politische Unterstützung.<sup>5</sup>

Erst Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre — nicht zuletzt infolge des erfolgreichen Abschlusses des Staatsvertrags — begann sich die Situation zu verändern. Die so genannten „Schillerfeiern“ 1959 verdeutlichten der breiten Öffentlichkeit ebenso wie der politischen Ebene, in welchem bis dahin nicht vermuteten Ausmaß ein deutschnational geprägter Rechtsextremismus und Neonazismus in den vergangenen Jahren wieder erstarkt waren. An die Stelle des Kalten Krieges trat — obschon der Ost-West-Konflikt weiterhin präsent blieb — doch ein vorsichtiges „Tauwetter“. Die drei politischen Opferverbände fanden sich mit der Israelitischen Kultusgemeinde in gemeinsamen Aktivitäten zur Verbesserung der Maßnahmen für die NS-Opfer, insbesondere des Opferfürsorgegesetzes zusammen. Auch die Haltung gegenüber dem österreichischen Widerstand änderte sich in der ersten Hälfte der sechziger Jahre. 1962 konstituierte sich die Österreichische Gesellschaft für Zeitgeschichte bzw. das österreichische Institut für Zeitgeschichte in Wien. 1963 beauftragten Justizminister Christian Broda und Unterrichtsminister Heinrich Drimmel die Österreichische Gesellschaft für Zeitgeschichte unter Leitung von Ludwig Jedlicka, eine Dokumentation über den österreichischen Widerstand zu erstellen. Mitarbeiter waren dabei unter anderen der spätere Universitätsprofessor für Zeitgeschichte an der Universität Linz Karl R. Stadler und Herbert Steiner. Die Arbeiten mussten allerdings aufgrund des Wegfalls der Finanzierung 1966 eingestellt werden. Im selben Jahr fand dann mit der Errichtung des Instituts für Zeitgeschichte an der Universität

---

<sup>5</sup> Siehe dazu Uhl, Transformationen des österreichischen Gedächtnisses, S. 330 ff.; dies., Das „erste Opfer“. Der österreichische Opfermythos und seine Transformation in der Zweiten Republik, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 2001/1, S. 23 f.

Wien, dessen erster Leiter, Univ. Prof. Dr. Ludwig Jedlicka, auch zu den Mitbegründern des DÖW zählte, zeitgeschichtliche Forschung Eingang in den universitären Wissenschaftsbetrieb.<sup>6</sup> 1965 wurde am 20. Jahrestag der österreichischen Unabhängigkeitserklärung im Äußeren Burgtor der Wiener Hofburg der Weiheraum für den österreichischen Freiheitskampf feierlich eröffnet, „das erste staatliche, von der Republik Österreich errichtete Widerstandskämpferdenkmal“.<sup>7</sup> Diese Berufung auf den Widerstand durch die öffentliche Erinnerung, die aus heutiger Sicht als „Teil einer Verdrängungsstrategie“ des offiziellen Österreich erscheint, stellte in den sechziger Jahren ein kritisches, gegen die Geschichtsauffassung der Kameradschaftsverbände und der Wehrmachtstradition gerichtetes Konzept dar.<sup>8</sup> Doch nicht nur offiziell wurde zu jener Zeit die „Opfertheorie“ (und damit die Ausblendung der österreichischen Mitverantwortung für NS-Regime und -Verbrechen) vertreten; auch das Interesse der ehemaligen Verfolgten konzentrierte sich naturgemäß auf die Dokumentation des Widerstands und der Verfolgungsmaßnahmen; das Aufzeigen des Beitrags der WiderstandskämpferInnen zur Befreiung und zur Wiedererrichtung der Republik Österreich war für diese Generation ein wichtigeres Anliegen als Täterforschung.

Nicht zuletzt aber das Erstarken des Rechtsextremismus und die damit einhergehende Abwertung des Widerstandes und Verharmlosung des NS-Regimes bewogen ehemalige WiderstandskämpferInnen und Verfolgte, das Dokumentationsarchiv ins Leben zu rufen. Der offiziellen Gründung des Archivs waren seit dem Jahre 1961 Vorarbeiten vorausgegangen. Am 11. Februar 1963 fand im Palais Palfy eine Proponentensitzung statt, bei der von Ludwig Jedlicka, August Maria Knoll<sup>9</sup>, Paul Schärff<sup>10</sup> und Herbert Steiner der Gründungsantrag eingebracht wurde. In der Grundsatzklärung, die für die weitere Tätigkeit maßgebend war, hieß es: „Das Archiv soll vor allem durch dokumentarische Beweise der zeitgeschichtlichen Erziehung der Jugend dienen. Sie soll mit den schrecklichen Folgen des Verlustes der Unabhängigkeit und Freiheit Österreichs sowie mit dem heldenhaften Kampf der Widerstandskämpfer bekannt gemacht werden. Das Archiv soll als bleibende Dokumentation verwahrt werden.“ Offiziell wurde das DÖW am 25. Juni 1963 gegründet.

---

<sup>6</sup> Siehe dazu die Homepage des Instituts für Zeitgeschichte, [www.univie.ac.at/zeitgeschichte/history.html](http://www.univie.ac.at/zeitgeschichte/history.html).

<sup>7</sup> Uhl, Das „erste Opfer“, S. 26.

<sup>8</sup> Uhl, Transformationen des österreichischen Gedächtnisses, S. 337.

<sup>9</sup> Univ. Prof. Dr. August Maria Knoll (1900–1963), Jurist und Soziologe, 1932 Privatsekretär von Ignaz Seipel. Das NS-Regime belegte ihn mit einem Berufsverbot. Ab 1946 wirkte er als Religionssoziologe an der Universität Wien.

<sup>10</sup> Dr. Paul Schärff (1907–1994), Jurist, seit 1948 in leitenden Positionen in der Wiener Städtischen Versicherung, 1971–1974 deren Generaldirektor. Von Jugend an Sozialdemokrat war er sowohl während des „autoritären Ständestaates“ als auch des NS-Regimes im Widerstand aktiv.

Trotz dieser Fokussierung der Gründungserklärung auf den österreichischen Widerstand umfasste die inhaltliche Tätigkeit des DÖW von Beginn an auch die Geschichte der Verfolgung, vor allem der Jüdinnen und Juden, aber auch anderer Gruppen. Das DÖW war auch als Institution stets von weltanschaulicher und religiöser Pluralität geprägt, die Vorstand, Kuratorium und die Zusammensetzung des MitarbeiterInnenstabes ebenso wie deren Tätigkeit bis heute auszeichnet. Seit 1963 gehören dem Vorstand des DÖW Repräsentanten der drei Opferverbände (ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten, Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, KZ-Verband) ebenso an wie jene der Israelitischen Kultusgemeinde, der katholischen Kirche und der Wissenschaft. Die fruchtbringende Kooperation von ehemaligen Aktivisten der Revolutionären Sozialisten und Funktionären der Vaterländischen Front wurde primär durch die alle Gruppen einigende antinationalsozialistische Grundhaltung sowie durch die gemeinsame Überzeugung von der Notwendigkeit, Unmenschlichkeit und Rassismus in Hinkunft verhindern zu wollen, ermöglicht.

Zu Anfang fand sich unter der Leitung von Herbert Steiner, dem Sekretär und wissenschaftlichen Leiter des DÖW von 1963 bis 1983, ein Arbeitsteam ehemaliger WiderstandskämpferInnen und Verfolgter (Tilly Spiegel, Selma



**Jahresversammlung des DÖW 1969.**  
**Am Rednerpult: Univ. Prof. Dr. Erika Weinzierl, sitzend von links nach rechts: Franz Kittel, Herbert Steiner, Max Neugebauer, Hans Leinkauf, Paul Schärf, Ludwig Soswinski.**



**Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger empfängt den Vorstand des DÖW, 27. April 1982. Von links nach rechts: Herbert Steiner, Franz Pernaer, Rudolfine Muhr, Rosa Jochmann, Bruno Marek.**

Steinmetz, Bruno Sokoll, Friedrich Vogl) zusammen, das die erste Sammlung und Sichtung in Angriff nahm. 1963 lag bereits ein Katalog mit Angaben über rund 1.500 Dokumente (Originale und Abschriften von Gestapo-Akten, Briefe aus den KZs, Zeugenaussagen, Erinnerungsberichte etc.) vor. 1964 übersiedelte das Dokumentationsarchiv aus dem damaligen Büro des KZ-Verbandes in der Castellezgasse 35<sup>11</sup> in ein Bürohaus in Wien 1., Fleischmarkt 5, wo der damalige BAWAG-Generaldirektor Fritz Klenner Räumlichkeiten zur Verfügung stellte. Eine geplante Übersiedlung in Räume der niederösterreichischen Landesregierung war durch den Tod von Landeshauptmann Figl nicht zustande gekommen. 1967 erfolgte schließlich der Umzug in das Alte Rathaus in der Wipplingerstraße 8, wo dank der Bemühungen des damaligen Bürgermeisters und späteren DÖW-Präsidenten Bruno Marek geeignete Räume bezogen werden konnten.<sup>12</sup> Durch mehrere Umbauten in den achtziger Jahren und die Zurverfügungstellung zusätzlicher Räume im Alten Rathaus in den neunziger Jahren konnte zwar noch zusätzlich Platz geschaffen werden, doch die nach wie vor enormen Material-

---

<sup>11</sup> Zur wechselvollen Geschichte dieses Hauses siehe Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), *Gedenken und Mahnen in Wien 1934–1945*, S. 77 f.

<sup>12</sup> Einen Einblick in die Frühgeschichte des DÖW gibt die von Selma Steinmetz verfasste „Festschrift 10 Jahre Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes“, Wien o. J. (1972).

zuwächse stellen das DÖW gegenwärtig vor neuerliche Raumprobleme insbesondere im Bereich der Bibliothek und der Archivspeicher.

## b) Aufbau 1963–1970

In der Aufbauphase bis zum Ende der sechziger Jahre mussten organisatorische, materielle und räumliche Probleme bewältigt und vor allem die Grundlage für die verschiedenen Sammlungen (Akten, Fotos, Bücher, Zeitungsausschnitte u. a.) gelegt werden. Die Arbeit wurde in der Frühzeit des DÖW ausschließlich von freiwilligen Helfern geleistet, deren persönlicher Lebensweg eng mit der Thematik des DÖW verbunden war: Prof. Friedrich Vogl, als Eisenbahner im aktiven Widerstand tätig gewesen, wirkte lange Jahre als Archivar; Dr. Selma Steinmetz, die Leiterin der Bibliothek, stammte aus einer jüdischen Familie, schloss sich in Frankreich dem Widerstand an, wurde verhaftet, misshandelt und knapp vor der Deportation im Sommer 1944 befreit; Bruno Sokoll, für die Ausstellungsführungen zuständig, wurde als Schutzbündler 1934 zum Tode verurteilt, im letzten Moment jedoch noch begnadigt; alle drei sind mittlerweile verstorben. Herbert Steiner selbst, Leiter und Motor des DÖW, hatte selbst als Jugendlicher nach Großbritannien flüchten müssen. Dort wirkte er ab 1941 als Sekretär der Exilorganisation „Young Austria“. Seine Eltern konnten Österreich nicht verlassen, sie wurden 1941 nach Riga deportiert und kamen ums Leben. Später gelang es, weitere ehrenamtliche MitarbeiterInnen aus dem Kreis der ehemaligen Verfolgten und WiderstandskämpferInnen zu gewinnen. Zu viele von diesen sind in den letzten Jahren verstorben, andere leisten trotz ihres zum Teil sehr hohen Alters bis heute wichtige Arbeiten im DÖW, wie beispielsweise Toni Bruha, die — selbst ehemaliger Häftling im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück — eine Spezialsammlung zu diesem Lager anlegte, oder der ehemalige Spanienkämpfer Hans Landauer, dessen Sammlung von Unterlagen zu ÖsterreicherInnen im Spanischen Bürgerkrieg auch internationale Anerkennung fand. Dieser Mitarbeiterkreis prägte auch wesentlich das Klima im DÖW, indem er die Traditionen des Widerstands und die Erlebnisse in der Verfolgung den jüngeren wissenschaftlichen MitarbeiterInnen und BenützerInnen weitervermittelte. Auf diese Weise wurde das DÖW auch zu einer Begegnungsstätte der Generationen und zu einem wichtigen Lernort für die nachwachsenden Generationen. Helmut Konrad, Ordinarius für Zeitgeschichte und ehemaliger Rektor der Universität Graz, erinnerte in seinem Vortrag bei der Jahresversammlung des DÖW 1997 an die Situation, die junge BenützerInnen im DÖW damals vorfanden:

„Hier gab es für uns, die Benutzer, optimale Arbeitsbedingungen. Besonders wichtig war aber, daß wir auf das ‚andere Österreich‘ treffen konnten, auf jene Menschen, die alle ihre Erfahrungen mit dem



**Bruno Sokoll und BM Grete Rehor im DÖW, 4. April 1968.**



**Die DÖW-Mitarbeiterinnen (von links nach rechts)  
Esther Tencer, Toni Bruha, Bronja Katz, Dezember 1984.**

Faschismus gemacht hatten und dabei auf der Seite der Opfer gestanden waren. Durch sie wurde für uns eine Perspektive auf die österreichische Geschichte dieses Jahrhunderts möglich, die uns weder Elternhaus noch Schule geboten hatten. Unsere Austragung des Generationskonflikts fand plötzlich Verbündete aus jener Generation, gegen deren Werte und Normen wir im Regelfall anliefen. Diese Erkenntnis machte uns in einer zusätzlichen Dimension ‚politisch‘.<sup>13</sup>

Erste zeitgeschichtliche Materialien wurden vom Bundesverband österreichischer Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus (KZ-Verband) zur Verfügung gestellt. Aufrufe zu Überlassung von Materialien, in verschiedenen Zeitungen veröffentlicht, sorgten Anfang der sechziger Jahre für die ersten Zugänge. In dieser Phase wurden hauptsächlich die bei Privatpersonen vorhandenen Dokumente aufzufinden versucht; weiters wurden wichtige, Österreich betreffende Bestände ausländischer Archive kopiert.<sup>14</sup>

Entstehungsgeschichte und Struktur des DÖW brachten allerdings zu Anfang auch methodische und inhaltliche Probleme mit sich. Die Tatsache, dass die wissenschaftlichen Sammlungen wie Archiv, Bibliothek, Fotos in den ersten Jahren nicht durch ausgebildete Archivare und BerufshistorikerInnen, sondern durch engagierte „Amateure“ aufgebaut und betreut wurden, führte in dieser Phase zu Mängeln etwa in der Systematik, in der Provenienzerfassung, in der Beschriftung in Karteien und Katalogen, die in der späteren Bearbeitung jedoch weitgehend behoben werden konnten.

Die Tätigkeit des DÖW fand zunehmende Anerkennung, wie unter anderem die steigende Zahl von studentischen und wissenschaftlichen BenutzerInnen von in- und ausländischen Universitäten zeigte. Mit dem österreichischen Staatsarchiv und einigen Landesarchiven ergab sich eine fruchtbare Zusammenarbeit, die von Anfang an bestehende Kooperation mit dem Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien konnte erfolgreich fortgeführt werden.

Die Eröffnung der ersten ständigen zeitgeschichtlichen Ausstellung im Dezember 1969 — diese befand sich im heutigen Eingangsbereich des DÖW — sowie der Beginn des Projektes „Widerstand und Verfolgung in Wien 1934–1945“, der ersten Dokumentation einer alle Bundesländer umfassenden Reihe, im Früh-

---

<sup>13</sup> Helmut Konrad, Festvortrag anlässlich der Jahresversammlung des DÖW im Alten Rathaus, Wien, 11. März 1997, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Jahrbuch 1998, S. 5 f.

<sup>14</sup> Wolfgang Neugebauer, Zwanzig Jahre Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (1963–1983), in: Helmut Konrad, Wolfgang Neugebauer (Hrsg.), Arbeiterbewegung — Faschismus — Nationalbewußtsein. Festschrift zum 20jährigen Bestand des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes und zum 60. Geburtstag von Herbert Steiner, Wien–München–Zürich 1983, S. 405–418.

jahr 1970 markierten einen neuen Abschnitt in der Entwicklung des DÖW. Damit wurde einerseits die Grundlage für eine breitere zeitgeschichtliche Informationsarbeit geschaffen, andererseits wurde die systematische Erforschung von Widerstand und Verfolgung in Österreich eingeleitet.

### c) Stiftung Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes

Bis zum Anfang der achtziger Jahre blieb die Finanzierung des als Verein konstituierten Dokumentationsarchivs neben kleinen Subventionen von Stadt Wien und Bund auf Forschungsaufträge und damit quantitativ schwankende Ressourcen beschränkt, wodurch auch jüngere Historiker und Historikerinnen primär nur jeweils projektbezogen beschäftigt werden konnten. Neben dem Leiter Herbert Steiner gab es nur zwei weitere dem DÖW zur Verfügung stehende hauptamtliche Mitarbeiter, die „lebende Subventionen“ des Bundes bzw. der Stadt Wien waren.

Um Bestand und Tätigkeit des DÖW auf eine gesicherte finanzielle Grundlage zu stellen und für die Zukunft zu sichern, arbeitete Anfang der achtziger Jahre ein von der damaligen Bundesministerin Dr. Hertha Firnberg im Wissenschaftsministerium eingesetztes Projektteam einen Vorschlag für eine Stiftung „Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes“ aus,<sup>15</sup> wobei die juristischen Vorarbeiten von den ehemaligen Widerstandskämpfern und DÖW-Vorstandsmitgliedern Sektionschef Dr. Wilhelm Grimburg und Dr. Ludwig Soswinski geleistet wurden. Dieser Vorschlag mündete im Dezember 1982 in die Stiftungserklärung der drei Stifter — Stadt Wien, Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung sowie Verein DÖW. Im Laufe des Jahres 1983 erfolgte die Zustimmung der Stiftungsbehörde, sodass sich im Jänner 1984 der von den drei Stiftern beschickte Stiftungsrat konstituieren konnte. Während Wissenschaftsministerium und Stadt Wien die Stiftung durch die jährliche Zahlung von — allerdings nicht inflationsangepassten — Stiftungsbeiträgen unterstützen, brachte der Verein alle seine Bestände in die Stiftung ein. Diese nahm Anfang 1984 ihre Tätigkeit in vollem Umfang auf.

Mit der Gründung der Stiftung verfügte das DÖW erstmals über eine zwar schmale, aber weitgehend gesicherte finanzielle Basis und wurde in die Lage versetzt, seinen Stab hauptamtlicher MitarbeiterInnen entsprechend den Erfordernissen der anstehenden Aufgaben etwas auszuweiten.

---

<sup>15</sup> Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Bedeutung — Entwicklung — Tätigkeit, Wien 1982, S. 5 (Vorwort von Bundesminister Dr. Hertha Firnberg).



**Jahresversammlung des DÖW 1982,  
von links nach rechts: Ferdinand Käs, Rosa Jochmann, Herbert Steiner,  
Bruno Marek, Fritz Bock, Kurt Skalnik, Josef Pinzenöhler.**



**Gäste der Jahresversammlung des DÖW 1984,  
erste Reihe links Erich Fried, dritte Reihe links Viktor Matejka.**